

## **Schluss mit dem Spritzen auf städtischen Äckern!**

### **BUND und NABU fordern klaren Vorrang für Ökolandbau**

Hannover, 17. Februar 2017. - Ökologischen Landbau auf allen Acker- und Wiesenflächen, die der Stadt Hannover gehören: Das fordern die Naturschutzverbände BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und NABU (Naturschutzbund Deutschland). „Chemische Pflanzenschutzmittel und Überdüngung gehören bundesweit zu den wichtigsten Ursachen für den Verlust an Artenvielfalt und verursachen erhebliche Umweltprobleme“, betont die hannoversche NABU-Vorsitzende Karola Herrmann. „Ob Feldlerche oder Feld-Rittersporn, Feldgrashüpfer oder Feldhamster: Arten der landwirtschaftlichen Flächen gehen dramatisch zurück. Da kann es kein vernünftiger Einsatz von kommunalem Vermögen sein, Grundeigentum vorzuhalten, um damit konventionelle Landwirtschaft zu fördern.“

Aktuell liegt den Ratsgremien unter dem Titel „Agrikulturprogramm“ das dritte Mal eine Drucksache der Stadtverwaltung vor, die eine umweltschonende Landwirtschaft in Hannover als Ziel benennt. „Dieses Ziel ist richtig“, stimmt Georg Wilhelm vom BUND Region Hannover der Verwaltung zu, „aber gerade auf ihren eigenen Flächen sollte die Stadt Hannover das auch endlich umsetzen.“ Über ein Drittel aller landwirtschaftlichen Flächen im Stadtgebiet (rund 964 von 2.882 Hektar) sind Eigentum der Landeshauptstadt. Die Naturschutzverbände erkennen positiv an, dass Ende der neunziger Jahre mit der Gründung des Kronsberghofs 120 Hektar stadteigenes Ackerland dem Ökolandbau gewidmet wurde. Georg Wilhelm: „Seitdem ist aber unseres Wissens kein einziger Acker mehr neu an einen Ökolandbaubetrieb verpachtet worden.“

In den Pachtverträgen für stadteigene Ackerflächen fehlen bislang außerdem standardmäßige Auflagen zu Pflanzenschutzmitteln oder zur Düngung. BUND und NABU schlagen vor, dass in den Verträgen in Zukunft insbesondere chemische Pflanzenschutzmittel ausgeschlossen werden. Bei anstehenden Verlängerungen von Pachtverträgen sollten die bisherigen Pächter Vorrang haben, sofern sie bereit sind, die Auflagen einzuhalten. Ist dies nicht der Fall, sollten die Pachtflächen Ökolandbaubetrieben in der Region angeboten werden. Sinnvoll wäre es, wenn die Verwaltung einmal im Jahr über die Fortschritte bei der Ökologisierung der Landwirtschaft berichten würde.

Überhaupt nicht einverstanden sind die Naturschutzverbände auch mit Aussagen des Agrikulturprogramms zu gesetzlichen „Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“. Wenn bisher für die Natur wertvolle Flächen bebaut wurden, wurden dafür an anderer Stelle unter anderem artenreiche Wiesen, Hecken, Feldgehölze oder Kleingewässer angelegt. In Zukunft soll nach Willen der Verwaltung „produktionsintegrierte Kompensation“ auf Ackerflächen in der Regel Vorrang haben. Damit ist gemeint, dass Landwirte zum Beispiel dafür bezahlt werden, dass sie einen Streifen am Rand ihres Ackers ungespritzt lassen. „Die bisherigen vielfältigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen haben die Landschaftsräume Hannovers aufgewertet, nicht zuletzt auch für Menschen, die sich hier erholen möchten“ betont Karola Herrmann. „Diese Maßnahmen müssen fortgesetzt werden und dürfen nicht in einen weiteren Subventionstopf des Ackerbaus umgewandelt werden.“

#### Rückfragen:

Georg Wilhelm, Tel. (nur heute): 0160/91993550, Email [georg.wilhelm@gmx.de](mailto:georg.wilhelm@gmx.de)